

umfangreiche Darstellung von Kleindienst für die Zwischenkriegszeit ergänzt wird. Beide Verfasser haben als Zeitzeugen die Entwicklung ihrer Kirchen an entscheidender Stelle miterlebt, Kleindienst als Pastor im wlohynischen Luzk und Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft der deutschen Pastoren in der Ev.-Augsb. Kirche“, Wagner als Landessynodalfarrer der Unierten Kirche Polnisch-Oberschlesiens seit 1932. Beide konnten auf ein umfangreiches eigenes Archiv mit Quellen zur Geschichte der jeweiligen Kirche zurückgreifen, das in Verbindung mit weiteren Quellen aus dem Evangelischen Zentralarchiv in Berlin, dem Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn und der Auswertung der einschlägigen deutschen und polnischen Veröffentlichungen eine erschöpfende Darstellung ermöglichte. Angesichts der seinerzeit sehr emotional geführten Auseinandersetzung innerhalb des polnischen Protestantismus über Wesen und Aufgabe evangelischer Kirchen und ihr Verhältnis zum Staat ist die nüchterne und sachliche Darstellungsweise beider Verfasser, die ja zu den von der geschilderten Entwicklung direkt Betroffenen gehörten, besonders hervorzuheben. Die im Lichte der wiedergegebenen Dokumente und Entwicklungen recht zweifelhaften Ziele und Wege des Polnischen Evangelizismus und insbesondere die schillernde Figur des Generalsuperintendenten und späteren Bischofs Bursche werden in dieser Darstellung sicherlich auf Kritik von polnischer Seite stoßen.

Die anderen evangelischen Kirchen Polens werden in der Arbeit nur insoweit mitbehandelt, als sie von der Entwicklung in der Augsburgischen und der Polnisch-Oberschlesischen Evangelischen Kirche bzw. von der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche ebenfalls betroffen waren. Allein der Zöcklerschen „Evangelischen Kirche Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses“ in Galizien, die nach polnischer Absicht als nächste eine Regelung des Verhältnisses zum Staat erfahren sollte, ist am Ende der Arbeit ein kurzes eigenes Kapitel gewidmet. Ein anschließender Exkurs über das Verhältnis des Staates zur Orthodoxen und zur Griechisch-Katholischen Kirche verdeutlicht nochmals den unmittelbaren und nicht auf die deutsche bzw. evangelische Minderheit beschränkten Zusammenhang zwischen polnischer Religions- und Nationalitätenpolitik. Im Anhang gibt eine 87 Seiten umfassende Dokumentation u. a. die Religionsartikel der polnischen Verfassungen von 1791–1935 sowie die wichtigsten Akte staatskirchenrechtlicher Gesetzgebung und kirchlicher Gesetzentwürfe von 1849 bis 1939 wieder. Abgeschlossen wird das Werk mit einer Karte der evangelischen Kirchen und der Verteilung der Konfessionen in Polen 1918–1939.

Die Arbeit, deren Veröffentlichung Alfred Kleindienst nicht mehr erlebte, setzt Maßstäbe und ist für jeden, der sich mit der zweiten polnischen Republik und der jüngeren Geschichte der Evangelischen Kirchen in Polen beschäftigt, unverzichtbar.

Mainz

Joachim Rogall

Wolfgang Quaiser: Agrarpreispolitik und bäuerliche Landwirtschaft in Polen. (Osteuropastudien an den Hochschulen des Landes Hessen, Reihe I: Gießener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens, Bd. 150.) In Kommission bei Duncker u. Humblot, Berlin 1987. 143 S., zahlr. Tab.

Seit jeher hat die Agrarpolitik Polens das besondere Interesse der Agrarökonomien erregt, spielt in diesem Ostblockland neben dem sozialistischen Sektor die bäuerliche Landwirtschaft doch immer noch eine maßgebliche Rolle. Im Jahre 1985 waren drei Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche (76,6 v.H. in Privathand, während die Staatsbetriebe 18,7 v.H., die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gar nur 3,7 v.H. der Anbaufläche bewirtschafteten. Daß die in Zentralverwaltungswirtschaften üblichen Planungs- und Lenkungsmethoden einer derart komplexen Wirtschaftsverfassung gegenüber versagen mußten, ist verständlich; doch erst nachdem die Partei unter

Gomulka 1956 die Phase „beschleunigter Industrialisierung“ gestoppt hatte, erlangte die Agrarpreispolitik als indirektes Lenkungsinstrument neben der Kredit- und Investitionspolitik zunehmende Bedeutung. Ihren Einfluß auf die Produktions- und Einkommensentwicklung der Privatbetriebe sowie ihre Auswirkungen hinsichtlich des Marktgleichgewichts, des technischen Fortschritts und des Strukturwandels darzustellen, hat sich der Vf. zur Aufgabe gemacht (Einleitung S. 12f.).

Für die derzeitige Agrarpolitik Polens ist ein gemischtes Steuerungssystem kennzeichnend, d. h. eine Kombination von direktiven (Aufkauf, Zuteilung, Investitionen), parametrischen (Preise, Löhne, Abgaben) und marktwirtschaftlichen (Kolchos- und Bauernmärkte) Lenkungsformen (S. 19ff.). Die Festsetzung der Agrarpreise richtet sich nach den durchschnittlichen Produktionskosten privater Landwirtschaftsbetriebe, die das Agrarökonomische Institut in Warschau auf Grund von Buchführungsergebnissen errechnet, wobei die auf den freien Bauernmärkten erzielten Preise als zusätzliche Informationsquelle dienen. Die relativ höheren (!) Produktionskosten der sozialisierten Landwirtschaftsbetriebe werden durch entsprechende Subventionen ausgeglichen (S. 26). Wegen des inflationsbedingten Kostenanstiegs werden seit 1981 die Agrarpreise alljährlich am 1. Juli neu festgesetzt. Dabei werden auch einkommenspolitische Gesichtspunkte berücksichtigt, da die voraufgegangene Niedrigpreisphase eine deutliche Einkommensdisparität zuungunsten der Landwirtschaft zur Folge gehabt hatte. Mit Hilfe zunehmender Verbraucherpreissubventionen konnte das Lebenshaltungskosteniveau zwar weitgehend konstant gehalten werden, andererseits scheiterten alle Versuche, die wachsende Belastung des Staatshaushaltes abzubauen, am erbitterten Widerstand der Bevölkerung (Unruhen von 1970, 1976 und 1980). Da die (subventionierten) Verbraucherpreise zeitweilig unter den landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen lagen, lohnte es sich für die Bauern, Lebensmittel für den eigenen Bedarf und als Schweinefutter zuzukaufen; was schließlich (1981) eine Rationierung der Grundnahrungsmittel zur Folge hatte (S. 26–36).

Nach einem Exkurs über die regional unterschiedliche Bedeutung der Bauernmärkte untersucht der Vf. zunächst den Einfluß der Preispolitik auf die Produktionsentwicklung (IV. Abschnitt). Die von ihm durchgeführten Korrelationsrechnungen ergaben – auch unter Berücksichtigung eventuell verzögerter Reaktionen (time-lag) – keinen relevanten Zusammenhang zwischen den Zeitreihen der Preis- und der Produktions-Indizes. Grund dafür sind nicht allein die in der Landwirtschaft üblichen witterungsbedingten Ertragsschwankungen, sondern der Umstand, daß der Einfluß von Veränderungen der Preisrelationen auf die Produktionsentscheidungen der Betriebsleiter von einer Reihe weiterer Faktoren überlagert wird, als da sind: die Verfügbarkeit knapper Produktionsmittel, die Kreditversorgung, häufiges Schwanken und inflationäre Entwertung des Agrarpreisniveaus und – nicht zuletzt – die Unsicherheit der Bauern hinsichtlich ihres künftigen Schicksals angesichts der latent immer noch aufrechterhaltenen Forderung einer „sozialistischen Transformation der privaten Landwirtschaft“. So wird verständlich, daß die Mehrzahl der Betriebe nur dann auf Änderungen der Preisrelationen reagiert, wenn sie ein bestimmtes Maß – die sogenannte „Motivationschwelle“ – überschreiten. Das war lediglich Anfang der siebziger Jahre der Fall, als Edward Gierek die auf Autarkie ausgerichtete Agrarpolitik aufgab, um mit Hilfe ausländischer Kredite die Lebensmittelproduktion – insbesondere die Erzeugung tierischer Produkte – rasch zu steigern und dadurch den Lebensstandard der Bevölkerung spürbar zu verbessern (S. 41–67).

Nicht unerwähnt bleiben darf in diesem Zusammenhang die sogenannte „Vertragslandwirtschaft“, welche die Einbeziehung der Produktion der Privatbetriebe in die zentrale Planung ohne Aufgabe ihrer Entscheidungsfreiheit möglich macht. Die Attraktivität dieser Produktions- bzw. Handelsverträge als besondere Formen des staatlichen An-

kaufs beruht weniger auf Preisvorteilen als vielmehr auf anderen Vergünstigungen, wie der regelmäßigen Belieferung mit Betriebsmitteln, Dienstleistungen und Krediten. Da rd. zwei Drittel des Gesamtabsatzes der bäuerlichen Landwirtschaft über diese Aufkaufsform abgewickelt werden, besteht die Gefahr eines wieder zunehmenden administrativen Dirigismus (S. 67–73).

Spürbarer als der Einfluß der Preisentwicklung auf die Produktion waren ihre Einkommenswirkungen (V. Abschnitt). Während der Zeit des „beschleunigten sozialistischen Aufbaus“ (1949–1956) diente die zwischen bäuerlichem und sozialistischem Sektor bestehende Einkommensdisparität als Mittel zur Forcierung der Abwanderung aus der Landwirtschaft im Interesse eines beschleunigten Strukturwandels (Industrialisierung); aber auch in den sechziger und siebziger Jahren blieb die durchschnittliche Wachstumsrate des bäuerlichen Realeinkommens (1,5 bzw. 3,9 v. H.) hinter dem Lohnniveau im sozialistischen Sektor (1,8 bzw. 4,6 v. H.) zurück. Im gleichen Zeitraum verminderte sich die Beschäftigtenzahl um 1,1 bzw. 2,3 v. H. Dabei hatte die zwischen den Betriebsgrößenklassen bestehende Einkommensdifferenzierung einen bemerkenswerten Wandel der Betriebsgrößenstruktur zur Folge: Während die Zahl der mittleren Betriebe (2–5 ha) zurückging, nahm der Anteil der Kleinst- u. Nebenerwerbsbetriebe (0,5–2 ha) ebenso wie derjenige der größeren Betriebe (über 10 ha) zu!

Jahr	Betriebe (in 1000)	Anteil an der Gesamtzahl (in v. H.)		
		0,5–2 ha	2–10 ha	über 10 ha
1960	3216	24,9	63,1	12,0
1970	3224	26,9	60,5	12,6
1980	2897	30,0	54,9	15,1

Die Versorgungskrise Anfang der achtziger Jahre und der Druck der 1981 gegründeten Bauerngewerkschaft veranlaßten die Regierung, ihre Einkommenspolitik zu ändern; doch die Möglichkeiten, einkommenspolitische Ziele mittels der Agrarpreispolitik zu verwirklichen, erwiesen sich als begrenzt. Daß auch das polnische Sozialsystem ebenso wenig dazu in der Lage war, beweist eine Feststellung aus dem Jahre 1982, wonach der Lebensstandard von nahezu 40 v. H. der Mitglieder bäuerlicher Familien nicht einmal den Index des sozialen Existenzminimums erreicht haben soll (S. 86)!

Abschließend gelangt der Vf. zu der Erkenntnis, daß nur eine grundlegende Umgestaltung der Wirtschaftsordnung die sich ständig verschärfenden Probleme (Versorgungskrise, Inflation, Staatsverschuldung) zu lösen vermag, andernfalls wäre die Rückkehr zum zentralistischen Wirtschaftssystem zu befürchten (S. 118).

Die Arbeit bringt eine erstaunlich große Zahl statistischer Tabellen (51). Trotz gewisser Zweifel hinsichtlich ihrer Zuverlässigkeit und Repräsentanz (die Daten buchführender Betriebe betreffen nur 1800 Betriebe!) vermitteln sie jedoch interessante Einblicke in nur wenig bekannte Besonderheiten der Entwicklung der polnischen Landwirtschaft.

Freising

Hans-Heinrich Herlemann

J(an) Křen, V(áclav) Kural, D(etlef) Brandes: Integration oder Ausgrenzung. Deutsche und Tschechen 1890–1945. Mit einem Vorwort von Dieter Beyrau. (Forschungen zu Osteuropa.) Donat & Temmen Verlag, Bremen 1986. 156 S., 7 Abb., 1 Kte.

Der Fachbereich Geschichte der Universität Bremen veranstaltete im Mai 1984 eine Tagung über „Nationalismus und nationale Frage in Ostmitteleuropa“. Die drei Refera-